

Rahmenvertrag
über die Vergabe von Aufträgen zur
Stromverbrauchsreduktion

(Fassung: 13.01.2023)

zwischen

- nachfolgend **Anbieter** genannt -

Und

Republik Österreich, vertreten durch

Austrian Power Grid AG

Wagramer Straße 19, IZD Tower

1220 Wien

FN 177696v

- nachfolgend gemeinsam als **Parteien** bezeichnet -

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Präambel	3
1. Vertragsgegenstand	3
2. Teilnahmebedingungen	3
3. Ausschreibungsverfahren	4
4. Zuschlagserteilung	5
5. Abruf für Stromverbrauchsreduktion	5
6. Erbringung der Stromverbrauchsreduktion und Vergütung	6
7. Dokumentations- und Informationspflichten	9
8. Vertragsdauer	9
9. Störung in der Vertragsabwicklung	10
10. Haftung	11
11. Datenschutz	11
12. Sonstige Bestimmungen	12
13. Anlagen	12

Präambel

- A. Das Bundesgesetz über Maßnahmen zur Stromverbrauchsreduktion in Spitzenzeiten (Stromverbrauchsreduktionsgesetz – SVRG), BGBl I Nr. 235/2022 idgF sieht die Senkung des Stromverbrauchs zu den ermittelten Spitzenzeiten um durchschnittlich 5 % vor. Dies soll durch freiwillige Maßnahmen und – falls zusätzlich erforderlich – durch die Durchführung von Ausschreibungen über Stromverbrauchsreduktionen erreicht werden.
- B. Austrian Power Grid AG („**APG**“) ist gemäß § 17 SVRG und des mit der Republik Österreich in Vertretung durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie abgeschlossenen Abwicklungsvertrags mit der Ermittlung der Spitzenzeiten, der Abwicklung der Ausschreibungen über Stromverbrauchsreduktionen, mit dem entsprechenden Abruf, der Überprüfung der Erbringung und der Verrechnung in direkter Stellvertretung der Republik Österreich betraut.

1. Vertragsgegenstand

- (1) Dieser Rahmenvertrag regelt die technischen, rechtlichen, administrativen, operativen und kommerziellen Rahmenbedingungen für das Ausschreibungsverfahren, die Zuschlagserteilung, den Abruf, die Überprüfung der Erbringung und die Vergütung der Stromverbrauchsreduktionen.
- (2) Die Bestimmungen dieses Rahmenvertrags sind auf alle mit dem Anbieter durch Zuschlagserteilung in der Ausschreibung zustande gekommenen Einzelverträge anzuwenden.
- (3) Soweit in weiterer Folge auf „APG“ Bezug genommen wird, ist darunter die Republik Österreich in direkter Stellvertretung durch APG zu verstehen.
- (4) Es gelten die Begriffsbestimmungen des § 7 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (EIWOG), des § 3 SVRG und der Verordnung (EU) 2022/1854 (Notfallmaßnahmenverordnung).

2. Teilnahmebedingungen

- (1) Teilnahmeberechtigt sind alle Standorte des Anbieters, die sich innerhalb von Österreich befinden und an das Netz eines österreichischen Netzbetreibers angeschlossen sind.
- (2) Der Anbieter erklärt mit Unterzeichnung dieses Vertrags, die Bedingungen zur Teilnahme an den Ausschreibungen gemäß § 10 SVRG zu erfüllen. Weiters übermittelt der Anbieter ein Erbringungskonzept, in dem beschrieben wird, wie die Prognose und die Reduktion des Verbrauchs erfolgt sowie eine taxative Auflistung aller Standorte des Anbieters, welche zur Erbringung der

Stromverbrauchsreduktion beitragen (Anlage ./1). Eine Änderung der Auflistung der Standorte, die zur Erbringung der Stromverbrauchsreduktion beitragen, erfolgt durch Versendung einer entsprechend aktualisierten Fassung der Anlage ./1 per Email an die Adresse marketoperations@apg.at. Eine solche Änderung wird nur dann in der nächsten Ausschreibung berücksichtigt, wenn sie zwei Werktage vor der Öffnung der Gebote erfolgt.

- (3) Über eine Änderung der für **Punkt 2.2** maßgeblichen Umstände ist APG unverzüglich zu informieren.

3. Ausschreibungsverfahren

- (1) Die Durchführung der Ausschreibung muss gemäß § 9 SVRG transparent, nichtdiskriminierend und marktbasiert nach den gesetzlichen Vorgaben des SVRG erfolgen.
- (2) Die Ausschreibungen erfolgen wöchentlich gemäß § 12 Abs 1 SVRG. Die Festlegung der ausgeschriebenen Stromverbrauchsreduktionen erfolgt nach den Vorgaben des § 11 Abs 1-3 SVRG.
- (3) Die Ausschreibungen werden gemäß § 12 Abs 2 SVRG unter der Webadresse <https://tts.apg.at/emwebapgrem/startApp.do> zugänglich unter „Angekündigte Ausschreibungen“ veröffentlicht. Die Bekanntmachungen inkludieren den gemäß § 12 Abs 4 SVRG vorgesehenen Inhalt.
- (4) Die Eröffnung der Gebotsabgabe als auch das Ende der Gebotsabgabe erfolgen nach den Vorgaben des § 12 Abs 2 und 3 SVRG. Diese Information wird unter der Webadresse <https://markt.apg.at/netz/demand-side-response-stromsparprodukt/> bekannt gemacht. Angebote, die nach Ende der Gebotsfrist übermittelt werden, werden in der Zuschlagserteilung nicht berücksichtigt.
- (5) Die Angebotsabgabe selbst erfolgt nach den Vorgaben des § 11 Abs 4 SVRG und § 12 Abs 5 SVRG. Die Ausschreibungen werden standardmäßig elektronisch auf der Ausschreibungsplattform TTS unter der Webadresse <https://tts.apg.at/emwebapgrem/startApp.do> abgewickelt. Zur Freischaltung des Zugangs und Ausstellung des physischen Tokens für die Nutzerverifizierung auf der Ausschreibungsplattform, sendet der Anbieter die ausgefüllten Stammdatenblätter an APG in der in den Stammbüchern beschriebenen Weise (Anlage ./2). Der Zugang zur Ausschreibungsplattform TTS erfolgt nur nach Akzeptierung der AGB TTS (Anlage ./3) nach erstmaligem Login. APG behält sich das Recht vor, den Ausschreibungsmodus bei gegebener Notwendigkeit (bspw. technischer Gebrechen) zu ändern. Die Anbieter sind über eine solche Änderung rechtzeitig zu informieren.
- (6) Ein abgegebenes Gebot ist stets für alle in Anlage ./1 angeführten Standorte gleichermaßen gültig.

- (7) Zeigt das APG-interne Monitoring, dass der zur Auszahlung zur Verfügung stehende Betrag in der Höhe von 95 Mio EUR gemäß dem zwischen APG und der Republik Österreich geschlossenen Abwicklungsvertrag erreicht wurde, werden keine weiteren Ausschreibungen mehr veröffentlicht. Wird durch die *ex-post* Abrechnung wieder Budget frei, werden die Ausschreibungen wieder aufgenommen.
- (8) Aus dem Abschluss dieses Rahmenvertrags erwächst dem Anbieter keine Pflicht zur Angebotslegung.

4. Zuschlagserteilung

- (1) Eine Zuschlagserteilung durch APG erfolgt nur dann, wenn das SVRG durch die Europäische Kommission beihilfenrechtlich zu diesem Zeitpunkt bereits genehmigt wurde.
- (2) APG wird dem Anbieter innerhalb der gemäß § 13 Abs 5 SVRG vorgesehenen Frist die Zuschlagserteilung bekanntgeben. Zu diesem Zweck sendet APG eine E-Mail an den Anbieter mit der Zuschlagsinformation.
- (3) Die Zuschlagserteilung gemäß §§ 12 Abs 6 und 13 SVRG erfolgt nach der diesem Rahmenvertrag als Anlage ./.4 beigefügten Methodologie. Die Zuschlagserteilung begründet für sich noch keine Verpflichtung zum Abruf des bezuschlagten Angebots (**Punkt 5**) und/oder Auszahlung einer Vergütung (**Punkt 6**).
- (4) Würde der Zuschlag einer Zeitscheibe dazu führen, dass der laut dem Abwicklungsvertrag zwischen APG und BMK maximal zur Auszahlung zur Verfügung stehende Betrag von 95 Mio EUR potenziell erreicht werden könnte, wird diese und alle folgende Zeitscheiben der Lieferwoche nicht bezuschlagt.
- (5) Erhält der Anbieter im Rahmen der Ausschreibungen einen Zuschlag, kommt durch die Zuschlagserteilung als Annahme des durch den Anbieter gestellten Angebots ein Einzelvertrag über die Erbringung der Stromverbrauchsreduktion zustande.
- (6) Nach Zuschlag des Angebots muss sich der Anbieter für die Stromverbrauchsreduktion im Ausmaß des Angebots gemäß § 13 Abs 5 SVRG bereithalten und gemäß § 13 Abs 6 SVRG unverzüglich seinen Lieferanten bzw. Bilanzgruppenverantwortlichen informieren.

5. Abruf für Stromverbrauchsreduktion

- (1) Der Anbieter muss APG gemäß § 14 Abs 1 SVRG spätestens 72 Stunden vor Beginn der zugeschlagenen Zeitscheibe einen Prognosefahrplan für den gesamten Tag der Erbringung übermitteln („**Prognosefahrplan**“). Der Prognosefahrplan enthält stets die Summe aller Prognosen von den in

Anlage ./1 angeführten Standorten. Die dazu zu verwendenden Datenformate sowie Details zur Übermittlung sind diesem Rahmenvertrag als Anlage ./5 beigelegt.

- (2) Sollte der gemäß § 14 Abs 1 SVRG zu übermittelnde Prognosefahrplan nicht rechtzeitig übermittelt werden oder nicht der Spezifikation entsprechen, besteht kein Anspruch auf eine Vergütung.
- (3) Der Abruf der bezuschlagten Anbieter durch APG erfolgt nach den Vorgaben des § 14 SVRG durch Bekanntgabe der abgerufenen Zeitscheiben auf der folgenden Webseite:
<https://markttransparenz.apg.at/de/markt/Marktmeldungen-REMIT>
- (4) Im Fall des Abrufs muss der Anbieter seinen Lieferanten bzw. Bilanzgruppenverantwortlichen gemäß § 14 Abs 4 SVRG unverzüglich informieren.

6. Erbringung der Stromverbrauchsreduktion und Vergütung

- (1) Der Anbieter ermächtigt den Anschlussnetzbetreiber gemäß § 15 Abs 4 SVRG durch Übermittlung eines entsprechenden Ermächtigungsschreibens zur Weiterleitung von Messdaten über den aus dem Netz entnommenen Strom zu dem Tag, in dem ein Zuschlag erteilt wurde („**Messdaten**“), an APG.
- (2) APG überprüft anhand des übermittelten Prognosefahrplans und der Messdaten, ob die Anforderungen des § 15 Abs 1-2 SVRG erfüllt wurden. Weiters stellt der Anbieter eine eidesstattliche Erklärung aus (Anlage ./6), dass es auch zu keinen durch die Stromverbrauchsreduktion bedingten Nachholeffekten bei anderen dem Anbieter zugewiesenen Zählpunkten, für die kein Prognosefahrplan und Messdaten übermittelt werden, kommt und dass eine allfällige Eigenerzeugung von Elektrizität aus fossilen Energieträgern jedenfalls nicht zur Erbringung der Stromverbrauchsreduktion genutzt wird. Sollten sich Zweifel an der Erfüllung der vorgenannten Anforderungen ergeben, ist APG zur Anforderung weiterer Nachweise berechtigt.
- (3) Die Abrechnung und Auszahlung der Vergütung ist durch APG erst dann vorzunehmen, wenn die Überprüfung gemäß **Punkt 6.2** ergibt, dass die Vorgaben des § 15 Abs 1-2 SVRG durch den Anbieter erfüllt wurden und APG als Abwicklungsstelle die an alle Anbieter im Rahmen eines Abrechnungszeitraums zu leistenden Vergütungen seitens des Bunds am Bankkonto gutgeschrieben bekommen hat.
- (4) APG ermittelt die zu vergütenden Summen in EUR gemäß § 15 Abs 5 und 6 SVRG, erstellt eine entsprechende Abrechnung und

sendet sie an die in der Anlage .7 genannte Kontaktstelle nach den in **Punkten 6.5 bis 6.7** enthaltenen Vorgaben.

- (5) Die Abrechnung durch APG erfolgt nach den folgenden Vorgaben:
- a. Abrechnungszeitraum ist der Kalendermonat.
 - b. APG erstellt monatlich eine Abrechnung je Anbieter.
 - c. Zahlungen aufgrund der Abrechnung der APG erfolgen erst nach Einlangen der Zahlung des Bundes am Konto der APG, voraussichtlich nach Erbringung bis zur Mitte des übernächsten Monats. Die Zahlungen erfolgen stets unter dem Vorbehalt einer Berichtigung, falls sich nachträglich Beanstandungen ergeben sollten. Die Abrechnungen werden ausschließlich per E-Mail seitens APG übermittelt.
 - d. Die Ausstellung der Abrechnungen erfolgt anhand des durch den Anbieter ausgefüllten Kontaktstellenblatts (Anlage .7)
- (6) Im Falle des verschuldeten Zahlungsverzugs seitens APG besteht Anspruch auf die gesetzlichen Verzugszinsen. Es besteht jedenfalls kein Anspruch an die APG auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung oder Nichtzahlung des Bundes.
- (7) Die Abrechnung erfolgt nach den im SVRG festgelegten Eckpunkten und der in Anlage .8 beschriebenen Methodologie. Dabei werden die gemäß § 15 Abs 1 SVRG tatsächlich erfolgte Stromverbrauchsreduktion sowie Abschläge für Minderlieferung gemäß § 15 Abs 6 SVRG und Abschläge für Nachholeffekte laut § 15 Abs 1 Z 2 SVRG ermittelt.
- (8) Sollte nach Ausstellung der Abrechnung und/oder erfolgter Vergütung nach den **Punkten 6.4 bis 6.7** bekannt werden, dass
- a. die Voraussetzungen der Teilnahme an der Ausschreibung gemäß § 10 SVRG nicht erfüllt waren;
 - b. die Stromverbrauchsreduktion durch den Anbieter gemäß § 15 Abs 2 Z 1 SVRG auch ohne Durchführung der Ausschreibung erzielt worden wäre (bspw. Streik, Maschinengebrechen),
 - c. die Stromverbrauchsreduktion bei gleichzeitigem Anstieg des Gesamtgasverbrauchs gemäß § 15 Abs 3 SVRG erzielt wurde (bspw. Substitution von Elektrizität in Fertigungsprozessen durch Erdgas),
 - d. die Stromverbrauchsreduktion an dem teilnehmenden Standort zu einer Erhöhung des Stromverbrauchs an einem anderen Standort des Anbieters geführt hat,

- e. der übermittelte Prognosefahrplan nicht rechtzeitig übermittelt wurde, oder
- f. die Auszahlung einen Verstoß gegen Sanktionsrecht, oder Gesetzesbestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche- oder Terrorismusfinanzierung darstellt,

ist APG zur Rückforderung der gesamten auf der Grundlage dieses Vertrages ausbezahlten Vergütungen berechtigt. Die Rückforderung erfolgt durch Abrechnung an die in Anlage ./7 genannte Kontaktstelle und/oder durch Aufrechnung mit Vergütungen aus nachfolgenden Ausschreibungen.

- (9) Sollte nach Ausstellung der Abrechnung und/oder erfolgter Vergütung bekannt werden, dass
- a. die gemäß § 14 Abs. 1 SVRG übermittelten Prognosefahrpläne fehlerhaft waren;
 - b. die gemäß § 15 Abs. 4 SVRG übermittelten Messdaten fehlerhaft waren, oder
 - c. ein sonstiger Mangel (bspw. technisches Gebrechen in der Durchführung der Ausschreibung) vorliegt

und ergäbe die Behebung dieses Mangels, dass die durch den Anbieter erbrachte Stromverbrauchsreduktion entsprechend **Punkt 6.7** signifikant geringer als das Gebot war, und die dem Anbieter zustehende Vergütung niedriger als die ausgezahlte Vergütung wäre, ist APG zur Rückforderung der Überkompensation mittels Abrechnung an die in Anlage ./7 genannte Kontaktstelle und/oder durch Aufrechnung mit Vergütungen aus nachfolgenden Ausschreibungen berechtigt.

- (11) Im Falle einer Rückforderung nach **Punkt 6.8**, **Punkt 6.9** und/oder **Punkt 6.14** ist eine Verzinsung des Rückzahlungsbetrages vom Tag der Auszahlung der Vergütung an mit 4 % pro Jahr unter Anwendung der Zinseszinsmethode vorzunehmen. Sollte dieser Zinssatz unter dem von der Europäischen Union für Rückforderungen festgelegten Zinssatz liegen, ist der von der Europäischen Union festgelegte Zinssatz heranzuziehen.
- (12) Im Falle des Verzugs der Rückzahlung, sind zusätzlich zur Verzinsung der Rückforderung Verzugszinsen in der Höhe von 9,2 % über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab Eintritt des Verzuges zu entrichten. Basis für die Verzugszinsen ist der verzinste Rückzahlungsbetrag entsprechend **Punkt 6.11**. Der Basiszinssatz, der am ersten Kalendertag eines Halbjahres gilt, ist für das jeweilige Halbjahr maßgebend.
- (13) Sollte sich aus den durchgeführten Berechnungen nach **Punkt 6.7** oder nach erfolgter Abrechnung ergeben, dass die durch den Anbieter erbrachte

Stromverbrauchsreduktion weniger als 75 % der gebotenen Menge entspricht, ist der Anbieter gemäß § 15 Abs 6 letzter Satz SVRG von den folgenden zwei Ausschreibungen ausgeschlossen.

- (14) Zum Nachweis der Erfüllung der Anforderung des § 15 Abs 3 SVRG stellt der Anbieter nach Abschluss der letzten Ausschreibungswoche bis zum 14. April 2023 eine eidesstattliche Erklärung aus. Die Vorlage dieser eidesstattlichen Erklärung ist diesem Vertrag als Anlage ./9 beigefügt. Sollten sich Zweifel an der Erfüllung der vorgenannten Anforderungen ergeben, ist APG zur Anforderung weiterer Nachweise berechtigt. Sollte die Frist zur Übermittlung der eidesstattlichen Erklärung nicht eingehalten werden, ist APG zur Nachfristsetzung von einer Woche bei sonstiger Rückforderung der geleisteten Zahlungen berechtigt.

7. Dokumentations- und Informationspflichten

- (1) Anbieter und APG haben wechselseitig mindestens je eine Kontaktstelle (Anlage ./5) zu benennen, die als definierte Stelle für die Wahrnehmung der in diesem Vertrag genannten Mitteilungs- und Informationspflichten bzw. im Falle von Anfragen bzw. Rückfragen im Zusammenhang mit der Ausschreibung oder dem Abruf der Stromverbrauchsreduktion dient.
- (2) Der Anbieter hat seinen Lieferanten bzw. Bilanzgruppenverantwortlichen über den Abschluss sowie die Kündigung dieses Rahmenvertrags umgehend zu informieren.
- (3) Nach dem 31.3.2023 veröffentlicht APG auf ihrer Internetseite eine Liste mit allen abgerufenen Bietern im Zeitraum 1.12.2022 bis 31.3.2023. Wenn die ausbezahlten Vergütungen in ihrer Gesamtheit pro Bieter 100 000 EUR übersteigen, dann veröffentlicht die Abwicklungsstelle zusätzlich zum Namen bzw. der Firma des Bieters folgende Informationen auf ihrer Internetseite:
- a. Höhe der Vergütung in ihrer Gesamtheit;
 - b. Art des Unternehmens (KMU, großes Unternehmen)
 - c. Sektor, in dem der Bieter tätig ist.

Der Anbieter stimmt dieser Veröffentlichung durch die Abwicklungsstelle zu.

8. Vertragsdauer

- (1) Der Vertrag wird mit der Unterzeichnung durch beide Parteien unter der aufschiebenden Bedingung der Genehmigung gemäß § 29 Abs 3 EWOOG durch E-Control, soweit der Anbieter Teil eines vertikal integrierten Elektrizitätsunternehmens ist, auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Der Vertrag kann von den Parteien mit einer Frist von drei Monaten jeweils zum Jahresende gekündigt werden.

- (3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung mit sofortiger Wirkung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

Von Seiten APG liegt insbesondere ein wichtiger Grund vor, wenn der Anbieter zum wiederholten Male gegen Verpflichtungen des gegenständlichen Vertrags verstößt oder wenn der Anbieter mehrmals zum Nachteil der APG in Zusammenhang mit der Vertragsbeziehung in Bezug auf die Stromverbrauchsreduktionen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen (bspw. UWG, KartG, AEUV) verstoßen hat.

Liegt seitens APG ein wichtiger Grund vor, können neben dem gegenständlichen Vertrag auch bestehende Einzelverträge außerordentlich mit sofortiger Wirkung gekündigt werden.

- (4) Von Seiten des Anbieters liegt ein wichtiger Grund insbesondere bei Änderung des SVRG oder der auf der Homepage der APG angeführten Angaben hinsichtlich Ausschreibungszeiträume, Zeitscheiben, Mindestgebotsgrößen und des Verfahrens der Zuschlagserteilung, vor.
- (5) Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (6) Der Vertrag wird automatisch aufgelöst, wenn
- a. die beihilfenrechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission durch Ergreifen eines Rechtsmittels rechtskräftig aufgehoben werden sollte;
 - b. die gesetzliche Betrauung von APG als Abwicklungsstelle durch ein Gericht rechtskräftig für nichtig erklärt wird;
 - c. der Vertragsabschluss einen Verstoß gegen Sanktionsrecht, oder Gesetzesbestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche- oder Terrorismusfinanzierung darstellt;
 - d. das SVRG durch Zeitablauf gemäß § 23 SVRG außer Kraft tritt.
- (7) Im Falle der automatischen Auflösung gemäß **Punkt 8.6.a** werden auch alle auf Grundlage des Rahmenvertrags abgeschlossenen Einzelverträge rückwirkend aufgelöst und die durch APG für den Abruf einer Stromverbrauchsreduktion geleisteten Zahlungen inklusive gesetzlicher Verzugszinsen, aber ohne Verzinsung des Rückforderungsbetrages, die vom Zeitpunkt der Auszahlung weg zu berechnen sind, sind durch den Anbieter an APG zurückzuzahlen.

9. Störung in der Vertragsabwicklung

- (1) Sollte eine Partei durch höhere Gewalt oder durch sonstige Umstände, wie beispielsweise Störungen, deren Abwendung nicht in seiner Macht steht oder ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, an der Erfüllung der

Pflichten aus dieser Vereinbarung ganz oder teilweise verhindert sein, so ruhen die diesbezüglichen Vertragspflichten beidseitig, bis die Hindernisse oder Störungen und deren Folgen beseitigt sind. In einem solchen Fall hat der betroffene Vertragspartner die Pflicht den anderen über Umfang und voraussichtliche Dauer unverzüglich telefonisch oder schriftlich zu informieren. In jedem Fall darf die Aussetzung der Vertragspflichten nur so lange dauern, bis die sie begründenden Ursachen zu bestehen aufgehört haben oder beseitigt worden sind.

- (2) Höhere Gewalt liegt vor, wenn die für die Vertragserfüllung erforderlichen Voraussetzungen durch die im folgenden Satz genannten Umstände oder sonstige unvorhersehbare Umstände, die unabwendbar waren und deren Beseitigung wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert sind. Als höhere Gewalt gelten neben behördlichen Verfügungen insbesondere Ereignisse wie Blitzschlag, Feuer, Explosionen, technische Störungen, Überschwemmung, Erdbeben, Krieg, Blockaden, Aufruhr, oder Streik.

10. Haftung

- (1) Eine Haftung besteht – mit Ausnahme von Personenschäden – nur bei grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Verhalten. Der Ersatz von Folgeschäden, insbesondere der Ersatz von Drittschäden ist – soweit gesetzlich zulässig – ausgeschlossen.

11. Datenschutz

- (1) Die im Zusammenhang mit diesem Vertrag anfallenden und zwischen den Parteien ausgetauschten Daten werden beiderseits mit besonderer Sorgfalt und Vertraulichkeit unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen behandelt. Soweit nicht anders vereinbart, verpflichten sich die Vertragspartner, erhaltene Daten, Dokumentationen und sonstige wesentliche Informationen ausschließlich zur Vertragserfüllung zu verwenden, weder an Dritte weiterzugeben noch in anderer Form Dritten zugänglich zu machen und alle angemessenen Vorkehrungen zu treffen, um einen Zugriff Dritter auf diese Informationen zu vermeiden. Diese Vertraulichkeitsverpflichtung betrifft nicht die Datenweitergabe und Zugangsgewährung im notwendigen Maße an die Dienstleister smart technologies Management Beratungs- und Beteiligungs GesmbH, FAW GmbH und Contigo Software Ltd., die von APG für die Abwicklung dieses Vertrags (u.a. Durchführung der Ausschreibungen, Abrechnung, Rechnungslegung) herangezogen werden. Diese Verpflichtungen bestehen auch über das Vertragsverhältnis hinaus. Davon ausgenommen ist die Offenlegung gegenüber Behörden und Gerichten einschließlich des Rechnungshofs, der Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control), der Europäischen Kommission sowie der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie,

Mobilität, Innovation und Technologie aufgrund von gesetzlichen Verpflichtungen.

- (2) Der Anbieter stimmt einem Datenaustausch zwischen APG und betroffenen Bilanzgruppenverantwortlichen und anderen betroffenen Netzbetreibern zu, sofern dieser Datenaustausch für Maßnahmen zur Ausschreibung und Abruf der Stromverbrauchsreduktion bzw. deren Abrechnung notwendig sind.

12. Sonstige Bestimmungen

- (1) Die Übertragung aller Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag bedarf der vorherigen Zustimmung der jeweils anderen Partei. Diese Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden.
- (2) Es gilt österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts.
- (3) Sollte in diesem Vertrag eine Bestimmung rechtsungültig sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich vielmehr, die ungültige Bestimmung je nach Notwendigkeit durch eine ihr im technischen und wirtschaftlichen Ergebnis für die Parteien gleichwertige Bestimmung zu ersetzen.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages, einschließlich dieses Schriftformerfordernisses, bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- (5) Als Gerichtsstand wird ausschließlich das sachlich zuständige Gericht in Wien vereinbart. Für die Anwendung und Interpretation dieses Vertrages gilt formelles und materielles österreichisches Recht.
- (6) Der Erfüllungsort für sämtliche Verpflichtungen des Anbieters aus der auf Basis dieses Rahmenvertrags abgeschlossenen Einzelverträgen, welcher Art auch immer, ist der Sitz der APG in Wien, Österreich.
- (7) Soweit ein Widerspruch zwischen den in den AGB TTS und in diesem Rahmenvertrag enthaltenen Bestimmungen besteht, gehen die Bestimmungen dieses Rahmenvertrags vor.
- (8) Dieser Vertrag wird in zweifacher Ausfertigung errichtet. Die Unterfertigung kann in physischer Form oder mittels qualifiziert elektronischer Signatur erfolgen. Jeder Vertragspartner erhält ein Original.

13. Anlagen

Integrierender Bestandteil dieses Vertrages sind die folgenden Anlagen:

Erbringungskonzept

Anlage .1

Stammdatenblätter	Anlage ./2
AGB TTS	Anlage ./3
Zuschlagsmethodologie	Anlage ./4
Datenformat und Übermittlung der Prognosefahrpläne	Anlage ./5
Eidesstattliche Erklärung Nachholeffekte	Anlage ./6
Kontaktstellenblatt	Anlage ./7
Abrechnungsmethodologie	Anlage ./8
Eidesstattliche Erklärung Gesamtgasverbrauch	Anlage ./9

Die Unterfertigung des Rahmenvertrags erfolgt auf den Unterschriftenblättern auf den nachfolgenden Seiten.

Wien,

Ort, Datum

Wien,

Ort, Datum

(Rechtsverbindliche Unterschrift APG)

Name:

Vertretungsbefugnis:

Austrian Power Grid AG, FN 177696v

(Rechtsverbindliche Unterschrift APG)

Name:

Vertretungsbefugnis:

Austrian Power Grid AG, FN 177696v

Ort, Datum

Ort, Datum

(Rechtsverbindliche Unterschrift Anbieter)

(Rechtsverbindliche Unterschrift Anbieter)

Name:

Name:

Vertretungsbefugnis:

Vertretungsbefugnis:

Firma und FN:

Firma und FN: